

WOHER RÜHRT DAS UNBEHAGEN AN DER POLITIK?

# Ansteigende Unruhe

HANS-HERBERT VON ARNIM

Die Deutschen sind ja einiges an politischer Entmündigung gewohnt. Theodor Heuss warnte bereits im Parlamentarischen Rat vor dem Volk als einem „bissigen Hund“, einem Volk, das Hitler zu gejubelt hatte. Das Resultat:

- das merkwürdige Konstrukt einer Bundesversammlung, geschaffen allein zum Zweck, die Volkswahl des Bundespräsidenten zu vermeiden,
- die Verweigerung direkter Demokratie auf Bundesebene und
- ein Wahlsystem, bei dem die Bürger weder ihre Abgeordneten noch die Regierung bestimmen können, sondern die politische Klasse diese demokratischen Grundrechte an sich gerissen hat.

Den Parteien hat der Parlamentarische Rat eine wichtige Rolle zuerkannt. Sie sollen an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken. Darin liegen allerdings auch Grenzen, die die Parteien inzwischen längst durchbrochen haben. Solange die Politik ihre Aufgaben einigermaßen erfüllt und die Staatsschuld nicht explodiert, mag der Bürger seine politische Einflusslosigkeit hinnehmen. Er mag es auch ertragen, dass Berufspolitikern sich gerade in denjenigen Bereichen Privilegien verschafft haben, die die Menschen am meisten sorgen, der Alters- und Krankenversorgung sowie der Besteuerung. Ebenso mag er sich damit abfinden, dass die Parteien sich gegen zunehmende Wahlenthaltung immunisieren. Verteilt diese sich einigermaßen gleichmäßig, tut sie keiner Partei wirklich weh. Ebenso wenig der Verlust der Hälfte der Parteimitglieder in den vergangenen Jahren. Auch den können die so genannten Volksparteien wegstecken, sitzen sie doch mitten im Staat am Geldhahn.

Das könnte sich aber ändern, wenn die Politik in den Augen der Menschen versagt und das Gemeinwohl Not leidet. Und da ist in den letzten Jahren einiges zusammengekommen:

- Die Bekämpfung der Finanzkrise mit hunderten von Steuerzahler-Milliarden, die ausgerechnet den Banken zugute kommen, die uns die Suppe eingebrockt haben;

- der monatelange Attentismus der Bundesregierung, die im Blick auf die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen wie die Maus vor der Schlange erstarrte;

- Regierungsparteien, die scheinbar ungeniert Klientelpolitik betreiben,
- Koalitionspartner, die öffentlich streiten wie die Kesselflicker und sich Unflätigkeiten an den Kopf werfen;

- und der Euro-Rettungsschirm von 750 Milliarden, von denen Deutschland ein Großteil zu tragen hat und die wiederum vornehmlich den Banken zugute kommen, während gleichzeitig ein Sparpaket vor allem zu Lasten des sogenannten Prekariats aufgelegt wird.

Statt die ungeheuren Maßnahmen zur Rettung Griechenlands und anderer schwacher Euro-Länder unter kaum verhülltem Bruch zentraler EU-Vorschriften der Öffentlichkeit wenigstens zu erklären, wird stereotyp wiederholt, die Maßnahme sei „alternativlos“ – ein Adjektiv, das zum Unwort des Jahres 2010 aufsteigen dürfte.

Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg konnte dem Untertanen noch untersagen, „den Maßstab seiner beschränkten Einsicht an die Handlungen der Obrigkeit anzulegen.“ In der Demokratie aber kann sich das rächen – jedenfalls wenn das Gefühl krasser Ungerechtigkeit und ungebührlicher Belastung des eigenen Portemonnaies zusammentreffen. Sollten die bisherigen Euro-Garantien sich realisieren und der Steuerzahler dafür aufkommen müssen, ist die Situation da, in der die brodelnde Unzufriedenheit in Widerstandsaktionen umschlagen könnte. ■



**Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim**  
(hier steht noch Blindtext. hier steht noch Blindtext. hier steht noch Blindtext. hier steht noch Blindtext. hier steht noch Blindtext. hier steht noch Blindtext. hier steht noch Blindtext. hier steht noch Blindtext.)

➤ Mehr im Netz  
[www.weblink.de](http://www.weblink.de)